

vbb magazin

5

Mai 2023 • 62. Jahrgang



Zeitschrift des Verbandes
der Beamten und Beschäftigten
der Bundeswehr



Leitung des BMVg

Seite 8 <

Frühjahrsitzung
des VBB-Bundes-
vorstands in
Königswinter

Seite 10 <

Veränderungen der
Bundesgeschäftsstelle
des VBB in Bonn

> Editorial



© Friedhelm Windmüller (2)

*Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,*

was tut sich im VBB?

Die Pläne zur Neuorganisation des Leitungsbereichs im BMVg sowie die Einrichtung eines sogenannten Planungs- und Führungsstabes nahmen Ende März Gestalt an. Die Personalbeteiligungsgremien im BMVg wurden mündlich informiert. Es zeichnete sich ab, dass die Bezeichnung des neuen Stabes zwar den Eindruck erweckt, als ob es sich um den Planungsstab alter Prägung handelt. Bei näherem Hinschauen wurde jedoch klar, dass dem nicht so ist. Wo liegt das Problem?

Der Planungsstab alter Prägung, der von Minister *de Maizière* abgeschafft wurde, diente dem Schutz des Ministers. Ausschließlich Vorlagen, die an den Minister adressiert waren, wurden fachlich, aber insbesondere auch auf die Vereinbarkeit mit den politischen Absichten des Ministers geprüft und bewertet.

Der neue Planungs- und Führungsstab hingegen soll ein Arbeitsmuskel der ge-



samten Leitung sein, das heißt der politischen Leitung mit dem Minister und allen Staatssekretären, aber auch mit dem Generalinspekteur. Der Stab soll alle Vorlagen des BMVg, die an diese Leitung gehen, im Rahmen des Auftragsmanagements nicht nur koordinieren, sondern auch inhaltlich prüfen und harmonisieren. Dies gilt nicht nur vertikal, also in das Ministerium hinein, sondern auch horizontal, also innerhalb des Leitungsbereichs. Zusätzlich gehören dem Stab ein Lagezentrum und ein als strategischer Kompass bezeichnetes Element an. Der Stab hat damit nicht nur eine Aufgabenbreite, die der VBB als zu ambitioniert bewertet. Der Stein des Anstoßes liegt für den VBB darin, dass durch die mit der Aufgabenverlagerung einhergehende Verkleinerung der Leitungsbüros die originäre Aufgabewahrnehmung der politischen Leitung beeinträchtigt wird. Die Staatssekretäre erleiden damit nach unserer Auffassung einen Kompetenzverlust zugunsten eines militärisch geführten Stabes. Dies ist nach unserem Verständnis weder mit den Aufgaben einer zivilen politischen Leitung eines Bundesministeriums noch mit den in der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung festgelegten Aufgaben der Staatssekretäre vereinbar. § 6 GGO lautet:

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschullallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 38,10 Euro zzgl. 7,90 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,40 Euro zzgl. 1,70 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacycenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 64** (dbb magazin) und **Preisliste 48** (vbb magazin), gültig ab 1.1.2023. **Druckauflage:** dbb magazin: 552967 (IVW 1/2023). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **ISSN 0521-7814**

> vbb

- > Bundesminister Pistorius entmachtet die Staatssekretäre zugunsten eines militärischen Planungs- und Führungsstabes 5
- > Gespräch der Bundesvorsitzenden des VBB, Imke v. Bornstaedt-Küpper, sowie des stellvertretenden Bundesvorsitzenden des VBB, Klaus-Peter Schäfer, mit Bundesminister Boris Pistorius, dem Leiter Leitungsstab Christian Heusermann und Brigade-general Dr. Christian Freuding 6
- > Neue Präsidentin des BAAINBw – Annette Lehnigk-Emden 8
- > Frühjahrssitzung des VBB-Bundesvorstands in Königswinter 8
- > Veränderungen in der Bundesgeschäftsstelle des VBB in Bonn 10
- > Arbeitnehmer:innen im VBB 12
- > Bundesschwerbehindertenvertretung 13
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 14
- > Personalnachrichten 20

> dbb

- > Einkommensrunde 2023: Tarifabschluss mit bis zu 16 Prozent mehr Einkommen 22
- > dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital: „Tätowiert – war’s das mit der Verbeamtung?“ 24
- > Reportage – Wasserversorgung: Mit Nachhaltigkeit gegen Wasserstress 26
- > Klimaschutz: Aktionspläne gegen Hitzefolgen dringend gesucht 30
- > Zivil- und Katastrophenschutz: Das Vorsorge-Paradox 32
- > Online – Breitbandausbau: Aufholjagd mit Glasfaser 35
- > Jugend – Quarterlife Crisis: Strategien gegen Sinnkrise und Zukunftsangst 40
- > Senioren – Altersgerechtes Leben: Was Daseinsvorsorge für Senioren leisten muss 42
- > Inklusiver Arbeitsmarkt: Ein Gewinn für die Wettbewerbsfähigkeit 44

„Die Bundesministerin oder der Bundesminister leitet das Bundesministerium. Die Vertretung erfolgt durch die Staatssekretärin oder den Staatssekretär, bei mehreren Staatssekretärinnen oder Staatssekretären im jeweiligen Zuständigkeitsbereich, soweit nichts anderes geregelt ist.

Die Staatssekretäre beziehungsweise Staatssekretärinnen leiten die Verwaltung und sind für die zielorientierte Wahrnehmung der Aufgaben des Ministeriums verantwortlich und entscheiden in Verwaltungsangelegenheiten in der Regel abschließend.“

Die Verantwortung der politischen Leitung eines Ministeriums ist nach unserer Auffassung unteilbar und setzt einen hohen Informationsgrad aller Beteiligten voraus. Eine Delegation von Aufgaben führt dazu, dass politische Verantwortung und Kompetenz auseinanderfallen. Dies kann nicht im Interesse aller Beschäftigten der Bundeswehr sein und deshalb wurde der VBB aktiv.

Da Bundesminister *Pistorius* ein hohes Tempo vorlegte, nach Ostern Entscheidungen verkünden wollte und auch Gespräche keine Änderung der Absichten bewirkten, informierte der VBB die Presse mit einem Statement, das auf unserer Website veröffentlicht wurde. Das Echo war groß. Diverse Zeitungen griffen das Thema auf und das ZDF sendete am 20. April 2023 im Heute Journal den Ausschnitt eines Interviews mit der Bundesvorsitzenden. Der Minister reagierte auf eine Weise, die wir uneingeschränkt positiv bewerten: Er bat die Bundesvorsitzende um ein Gespräch.

Am 27. April tauschten sich die Bundesvorsitzende und der stellvertretende Bundesvorsitzende *Klaus-Peter Schäfer* in einem sehr intensiven und konstruktiven Gespräch mit Bundesminister *Pistorius*, seinem Leiter Leitungsstab *Heusermann* und General *Dr. Freudig* aus. Auch wenn nicht in allen Fragen Über-

einstimmung erzielt wurde, so hat das Gespräch dem gegenseitigen Verständnis gedient. Für die Zukunft wurde eine Intensivierung des Austausches vereinbart. Der VBB wird die Amtsseite weiterhin bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben konstruktiv begleiten.

Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle, dass die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr nur eine Woche später wieder einen Platz im Heute Journal fanden. Die neue Präsidentin des BAAINBw, Frau *Annette Lehnigk-Emden*, beantwortete in einem ausführlichen Interview die durchaus kritischen Fragen souverän und machte die Bundeswehrverwaltung für ein breites Publikum positiv sichtbar. An dieser Stelle gratuliert der VBB der neuen Präsidentin und wünscht ihr viel Erfolg.

Viel Erfolg wünschen wir auch dem ebenfalls am 27. April ernannten neuen Präsidenten des BAIUDBw Prof. Dr. *Roland Börger*, der *Ulrike Hauröder-Strüning* nachfolgt.

Die planmäßige Bundesvorstandssitzung vom 24. bis 26. April in Königswinter war die passende Gelegenheit, auch die neuen Entwicklungen im BMVg und der Bundeswehr zu erörtern.

Seit Januar dieses Jahres liegt die „kritische Bestandsaufnahme“ auch auf dem Tisch des neuen Bundesministers. Eine neue Untersuchung hat BM *Pistorius* nicht angestoßen, schaut sich aber die Ergebnisse sehr genau an und möchte diese Erkenntnisse auch nutzen.

Auch wir haben die Ergebnisse der Bestandsaufnahme analysiert. Der Ministerwechsel gibt Anlass, die fachlich flächendeckende Expertise unserer Mitglieder zu nutzen und selbst entsprechende Impulse zu setzen. Unsere Bundesvorstandssitzung war daher die Gelegenheit und der perfekter

Zeitpunkt, in eine intensive Erörterung einzusteigen, wie es um unser ziviles Personal steht.

Bekanntermaßen ist die Gewinnung neuer Soldaten und Soldatinnen, nicht zuletzt aufgrund sich massiv ändernder gesellschaftlicher und demografischer Bedingungen, ein riesiges Problem für die Bundeswehr.

Die spannende Erörterung in der Bundesvorstandssitzung hat sehr deutlich gemacht: Dies gilt in erschreckendem Maße auch für die Gewinnung und zum Teil auch für die Bindung ziviler Kolleginnen und Kollegen. Unser Befund ist alarmierend!

Wenn wir die Studienplätze an der HS Bund in Mannheim nur noch zu circa 70 Prozent belegen können, trotz intensiver Bemühungen aller Beteiligten, ist das ein untrügliches Alarmsignal. In vielen Fachbereichen, etwa beim BFD, insbesondere aber auch im Bereich der Technik, wandern Menschen ab, suchen sich andere Aufgaben oder sind wir unter den jetzigen Rahmenbedingungen kaum noch konkurrenzfähig. Hochwerttechniker verlieren wir nach der Ausbildung regelmäßig an die Privatwirtschaft, weil unsere finanziellen Fesseln keine ausreichenden Anreize bieten oder wir sie nicht wirklich ausschöpfen.

Wir müssen schneller, agiler und digitaler werden. Bewerbungsmappen sind von gestern. Auch zu Bewerbern, für die gerade kein passender Dienstposten frei ist, müssen wir Verbindung, nicht zuletzt digital und in generationengerechter Form, halten. Ortsflexibilität ist neu zu definieren: Diese Flexibilität muss auch für unsere Angebote an die Bewerberinnen und Bewerber gelten. Die Werbekampagnen der Bundeswehr müssen kritisch, vorbehaltlos und kreativ auf deren Optimierungspotenzial auch und insbesondere zur zivilen Personalwerbung hin betrachtet werden.

Die Zeitenwende, das hat auch Bundesminister *Pistorius* in unserem Gespräch verdeutlicht, ist nicht nur Gelegenheit, sondern führt zwingend dazu, über den bisherigen Tellerrand deutlich hinauszuschauen und bisher nicht durchsetzbare Ideen vorbehaltlos einzubringen, wenn wir die Bundeswehr zukunftsfähig machen wollen.

Das wollen auch wir als VBB nutzen.

Wir haben daher im Bundesvorstand beschlossen, so bald wie möglich Stellen der Bundeswehr, die dazu beitragen können, einzuladen, mit uns und unseren Fachleuten Ideen zu entwickeln. Ziel ist es, die in der Bundesvorstandssitzung erkannten Defizite zu benennen und Vorschläge zu formulieren, die wir dann der Leitung des BMVg vorstellen möchten.

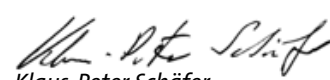
Das ist kein Selbstzweck: Die zwingend notwendige Stärkung des zivilen Personalkörpers, dessen Qualifizierung und Weiterbildung, ob Tarifbeschäftigte in unteren Lohngruppen, ob Meister oder Sachbearbeiter bis hin zum hoch qualifizierten zivilen Führungspersonal in den Leitungsebenen, hilft auch den Streitkräften: Soldatinnen und Soldaten, die bisher mit fachfremden administrativen Aufgaben betraut waren, werden so strukturell freigesetzt für die Truppe. Für ihre eigentlichen militärischen Aufgaben, für die sie ausgebildet sind und für die sie dringend benötigt werden.

Ihre


Imke v. Bornstaedt-Küpper,
Bundesvorsitzende

und

Ihr


Klaus-Peter Schäfer,
stellvertretender
Bundesvorsitzender

Bundesminister *Pistorius* entmachtet die Staatssekretäre zugunsten eines militärischen Planungs- und Führungsstabes

Zurzeit werden im BMVg durch Personalentscheidungen, aber auch durch organisatorische Vorgaben die Weichen neu gestellt.

Insbesondere die Organisation des BMVg wird der Lackmustest dafür sein, wie es mit der Wertschätzung des neuen Bundesministers für die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr aussieht. Nach unserem Verständnis ist die eigenständige Wehrverwaltung aus dem BMVg heraus von zivilen Abteilungen zu führen und zu beaufsichtigen. Die Abteilungsleitungen erhalten ihre Vorgaben von der politischen Leitung des BMVg – nach dem gerade für bewaffnete Streitkräfte in einer Demokratie essenziellen Grundsatz des Primats der Politik – also vom „zivilen“ Minister und den zivilen Staatssekretären. Diese Aufgaben sind in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien klar geregelt: „Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre leiten die Verwaltung und sind für die zielorientierte Wahrnehmung der Aufgabe des Bundesministeriums verantwortlich.“ (§ 6, Abs. 2 GGO)

Informationen zu den beabsichtigten organisatorischen Änderungen erfolgten lediglich mündlich. Danach zeichnet sich ab, dass der Leitungsbereich des BMVg erheblich verändert werden soll. Beabsichtigt ist die Einführung eines sogenannten Planungs- und Führungsstabes, der ein Arbeitsmuskel für die politische Leitung des BMVg – also die beamteten Staatssekretäre und den Minister – sowie für den Generalinspekteur (GI) sein soll. Dieser Stab wird militärisch geleitet und ausgestaltet. Im Gegensatz zu früheren Planungsstäben soll dieser Stab nicht nur den Minister beraten und Handlungsempfehlungen

für ihn erarbeiten. Alle Vorlagen aus dem BMVg an die politische Leitung des BMVg und an den GI sollen bewertet sowie inhaltlich und qualitativ gesteuert werden. Die Vorla-



Das Bundesministerium der Verteidigung ist der zweite Dienstsitz des Bundesministers der Verteidigung in Berlin. Außenaufnahme des offiziellen Eingangs.

gen an die politische Leitung des BMVg gehen damit durch einen „militärischen Filter“. Die Büros der Staatssekretäre sollen entsprechend ausgedünnt werden.

Militärische Vorlagen erreichen den Minister bisher über den GI. Es erscheint eher unwahrscheinlich, dass wichtige Vorlagen des Generalinspektors noch zusätzlich dem militärischen Planungs- und Führungsstab vorgelegt werden, denn der Generalinspekteur als oberster militärischer Berater hat den direkten Zugang zum Minister.

Der Minister lässt zu Recht keinen Zweifel daran, dass er Strukturen straffen und damit insbesondere Entscheidungsprozesse beschleunigen möchte. Der geplante Stab bewirkt jedoch das Gegenteil. Das Ministerium hätte eine weitere Entscheidungsebene, eine zusätzliche Sollbruch- und

Schnittstelle. Die Staatssekretäre als Teil der politischen Leitung werden zugunsten des militärischen Planungs- und Führungsstabes geschwächt. Bemerkenswert ist

weisen und unabgestimmte, widersprüchliche oder ausufernde Vorlagen regelmäßig zurückzugeben. Das würde jedoch dann nicht verfangen, wenn das primäre Ziel der Veränderung die zusätzliche militärische Prüfschleife aller Leitungsvorlagen sein soll.

Dem Vernehmen nach sollen die Ergebnisse der Strukturüberlegungen unmittelbar nach Ostern bekannt gegeben werden. Die Betroffenen wurden nicht informiert.

Der Hauptpersonalrat beim BMVg hat eine umfassende schriftliche Information eingefordert.

Die Vorsitzende des VBB, Imke v. Bornstaedt-Küpper, fordert daher:

- > Keine Entmachtung der Staatssekretäre. Sie sind Teil der politischen Leitung des BMVg. Sie sind die Gewähr für die verfassungskonforme Wahrnehmung der Aufgaben des Ministeriums. In diesem Sinne ist die Verantwortung unteilbar.
- > Keine Verschiebung von Aufgaben der politischen Leitung zu Soldaten.
- > Wandel mit und nicht gegen die Menschen.
- > Stärkung der Bundeswehr durch eine deutliche Verkleinerung des BMVg, durch eine Stärkung der Truppe und durch eine starke Wehrverwaltung.
- > Überprüfung der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben im BMVg durch Soldaten. In den letzten Jahren wurden die zivilen Abteilungen ausgerüstet und Personal ausschließlich militärisch geleitet. Das hat sich nicht bewährt.

Gespräch der Bundesvorsitzenden des VBB, Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, sowie des stellvertretenden Bundesvorsitzenden des VBB, Klaus-Peter *Schäfer*, mit Bundesminister Boris *Pistorius*, dem Leiter Leitungsstab Christian *Heusermann* und Brigadegeneral Dr. Christian *Freuding*

Am 27. April 2023 fand auf Einladung des Bundesverteidigungsministers eine Besprechung über den neuen Planungs- und Führungsstab statt. Anlass war die Kritik des VBB, die nach einem Pressestatement deutschlandweit in Tageszeitungen, Zeitschriften und auch Fernsehsendern aufgegriffen worden war.

Der Minister nahm sich Zeit für einen konstruktiven und offenen Austausch in sachlicher Atmosphäre. Das Gespräch diente dem gegenseitigen Verständnis und ging durchaus ins

Detail, um unsere Position und unsere Befürchtungen zu verdeutlichen.

Wenn auch nicht in allen Fragen ein Konsens erzielt werden

konnte, so konnten wertvolle Impulse vermittelt werden. Zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr bedarf es auch eines leistungsfähigen zivilen Personalkörpers. Dazu besteht klarer

Konsens. Bundesminister Pistorius hat einen regelmäßigen Austausch angeboten, den wir gerne wahrnehmen und unsere Expertise einbringen werden.



© BMVg

Neue Präsidentin des BAAINBw – Annette Lehnigk-Emden

Der VBB gratuliert der neuen Präsidentin des BAAINBw, Annette Lehnigk-Emden, und bietet volle Unterstützung bei der Verbesserung der Beschaffung in der Bundeswehr an.

Der VBB spricht seine herzlichen Glückwünsche an Frau Annette Lehnigk-Emden aus, die zur neuen Präsidentin des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) ernannt wurde.

Frau Lehnigk-Emden bringt eine breite Erfahrung und Expertise in der Beschaffung von militärischen Gütern und Dienstleistungen mit sich und wir sind sicher, dass sie das BAAINBw mit großem Erfolg führen wird. Wir als Verband der zivilen Beschäftigten stehen bei der Umsetzung der Zeitenwende an der Seite der Spitze des BAAINBw und bieten unsere volle Unterstützung in allen Belangen an.

Die Beschaffung von Ausrüstung und Technologie ist von zentraler Bedeutung für die Effektivität und Effizienz der Bundeswehr. Wir glauben, dass eine effektive und effiziente Beschaffung dazu beitragen kann, dass die Bundeswehr in der Lage ist, ihre Aufgaben effektiver und kostengünstiger zu erfüllen. Wir sind davon überzeugt, dass Frau Lehnigk-Emden das Potenzial hat, die Beschaffung in der Bundeswehr zu verbessern und das BAAINBw zu einem effektiveren und effizienteren Beschaffungsorgan zu machen.

Frau Lehnigk-Emden ist bereits seit August 2019 als Vizepräsidentin des BAAINBw tätig und ist seit 1991 in verschiedenen

Positionen in der Bundeswehrverwaltung aktiv.

Wir freuen uns darauf, weiterhin vertrauensvoll mit Frau

Lehnigk-Emden und dem BAAINBw zusammenzuarbeiten, um die Beschaffung in der Bundeswehr zu verbessern und die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zu stärken.

„Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch durch diese Entscheidung noch mal einen neuen ‚Drive‘ gewissermaßen in die Geschichte reinkriegen,



was notwendig ist, weil wir an jeder Beschleunigungsschraube drehen wollen und müssen, die wir finden können“, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius zu seiner Entscheidung.

Wir danken Frau Gabriele Korb für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Frühjahrssitzung des VBB-Bundesvorstands in Königswinter

Der Bundesvorstand des VBB traf sich in diesem Jahr im Maritim Hotel in Königswinter zu seiner jährlichen Frühjahrssitzung. Die dreitägige Veranstaltung bot eine hervorragende Gelegenheit für die Mitglieder der Bundesleitung und der Bereichs- und Landesvorstände, sich über aktuelle Themen auszutauschen, Ideen zu diskutieren und zukünftige Strategien zu planen.

Unter den wichtigsten Themen waren in diesem Jahr der aktuelle Tarifabschluss im öffentlichen Dienst sowie die geplanten Umstrukturierungen im Bundesministerium der Verteidigung. Die Mitglieder des Bundesvorstands nutzten die Gelegenheit, um ihre Positionen zu diesen Themen zu diskutieren und zu schärfen. Au-

ßerdem wurden die beiden Gesetzesinitiativen zur amtsangemessenen Alimentation und zur Beschleunigung des Disziplinarrechts kritisch analysiert und bewertet.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Diskussionen war die Personalgewinnung in der Bundeswehr. Angesichts des



demografischen Wandels und anderer Faktoren ist es immer schwieriger geworden, qualifiziertes Personal zu finden. Die

Mitglieder des Vorstands des VBB diskutierten konstruktive Lösungsvorschläge, um die Personalgewinnung und die At-